

KURZ NOTIERT

von Christopher Wimmer

■ Trump auf dem APEC-Wirtschaftsforum: staatsmännisch?!

»Wir waren Feinde«, sagte US-Präsident Donald Trump in seiner Ansprache vor dem APEC-Wirtschaftsforum in der Küstenstadt Da Nang bezogen auf die Sozialistische Republik Vietnam. »Nun sind wir seit langem Freunde und werden es bleiben.« Medien bezeichneten den Auftritt des Präsidenten, der sonst eher durch markige Worte auffällt, als ungewohnt staatsmännisch. Mit dem Gipfel in Vietnam loteten mehr als 20 Staaten aus dem Pazifikraum die Möglichkeiten ihrer künftigen Zusammenarbeit aus. An dem Treffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) nahmen unter anderem die Präsidenten der USA, Chinas und Russlands teil: Donald

Trump, Xi Jinping und Wladimir Putin. Die APEC ist eine internationale Organisation, die es sich zum Ziel gesetzt hat, im pazifischen Raum eine Freihandelszone einzurichten.

Gerade nach dem Scheitern der transpazifischen Partnerschaft TPP spielt APEC eine bedeutende Rolle. TPP hätte zwölf asiatische und amerikanische Länder in ein US-geprägtes Handelsgefüge einbinden sollen. China war beim TPP bewusst nicht eingeladen.

Doch auch ohne TPP ist für die USA der einstige Kriegsgegner Vietnam heute der wichtigste Handelspartner in Südostasien. Nach dem APEC-Gipfel reiste Trump so zu bilateralen Gesprächen mit Vietnams kommunisti-

scher Führung in die Hauptstadt Hanoi. Dort traf Trump auf Präsident Tran Dai Quang. Ganz so staatsmännisch blieb Trump dann dort doch nicht. Seine Tiraden richteten sich jedoch nicht gegen Vietnam, sondern gegen China. Die Volksrepublik würde einen »unfairen« Handel betreiben, da sie deutlich mehr Waren nach Amerika exportieren als umgekehrt. Das sei inakzeptabel. Wie die USA damit jedoch umgehen würden, lies Trump weitestgehend offen. Die Zukunft der Handelspolitik der USA bezogen auf den südostasiatischen Raum bleibt unter der Präsidentschaft Donald Trumps weiterhin unklar.

VNExpress 12.11.2017

Frankfurter Rundschau 10.11.2017

■ VietPride: Nicht selbstverständlich aber notwendig.

Ende September war es wieder soweit. Die LGBTI-Community von Ho-Chi-Minh-Stadt traf sich in der Fußgängerzone der Nguyen Hue Straße, um dort ihre Pride-Parade abzuhalten. Ziel der Parade war es, für die Liebe zu demonstrieren und sich für Gleichberechtigung von verschiedenen Sexualitäten einzusetzen.

Die Parade war Teil der VietPride-Veranstaltungsreihe 2017, die mehrere Paraden in ganz Vietnam

umfasst, in denen Solidarität mit lesbischen, schwulen, bisexuellen und transsexuellen Menschen gezeigt und für ihre Gleichberechtigung gekämpft werden soll.

Die jährliche VietPride wurde 2012 zum ersten Mal in Hanoi organisiert, bevor sie zu einer landesweiten Veranstaltung mit zehntausenden Teilnehmer_innen pro Jahr wurde. In diesem Jahr wurde die VietPride zwischen dem 29. Juli und dem 1. Oktober

in 35 Provinzen und Städten in ganz Vietnam gefeiert.

In Ho-Chi-Minh-Stadt allein kamen mehr als 2.000 Menschen zur Pride-Parade und zogen mit Regenbogenfahnen durch die Innenstadt – in der konfuzianisch und konservativ geprägten vietnamesischen Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit aber unbedingte Notwendigkeit.

www.facebook.com/vietpride.vn/

Vietnam Daily News 29.9.2017

■ Weitere Verhaftungen von MenschenrechtlerInnen

Erstmal wurden sie »nur« vorgeladen. Zwei weitere Mitglieder der Menschenrechtsgruppe »Brotherhood for Democracy« sollten in Hanoi der Polizei Fragen zu ihrer Tätigkeit innerhalb der Organisation beantworten. Die Vorladung erfolgte in einer Zeit, in der die vietnamesische Regierung wieder verstärkt gegen regierungskritische SchriftstellerInnen und BloggerInnen vorgeht. Mindes-

tens sechs Mitglieder des »Brotherhood for Democracy«, die 2013 vom inzwischen ebenfalls inhaftierten Anwalt Nguyen Van Dai gegründet wurde, sind in den vergangenen Monaten verhaftet worden. Angeklagt werden sie aufgrund des Artikel 79 des vietnamesischen Strafgesetzbuches: Aufruf zum Sturz der Regierung. Das kommunistische Vietnam, in dem alle Medien staatlich kont-

rolliert werden, duldet keine Meinungsfreiheit und versucht dies, gerade auch im Internet, zu verbieten und BloggerInnen zu kriminalisieren. In Vietnam sind derzeit mindestens 84 politische Gefangene in Haft. Laut Amnesty International hat Vietnam die meisten politischen Gefangenen in ganz Südostasien.

Radio Free Asia 9.11.2017

The Economist 9.11.2017